

BFH - Anhängige Verfahren -

■ **AEUV Art 49:**

Niederlassungsfreiheit, Betriebsstätte, Verlust

Bundesfinanzhof Az: I R 48/17

Berücksichtigung von finalen ausländischen Betriebsstättenverlusten aus der Beteiligung an einer österreichischen Personengesellschaft

1. Sind neben den Betriebsstättengewinnen nach Art. 7 DBA-Österreich auch die Betriebsstättenverluste aus der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer auszunehmen?
2. Befinden sich ausländische Betriebsstätten im Bezug auf Maßnahmen, die der Ansässigkeitsstaat der (Mutter-)Gesellschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung derer Gewinne ergreift, grundsätzlich nicht in einer mit der Situation einer inländischen Betriebsstätte vergleichbaren Situation?
3. Besteht im Fall einer Freistellungsbetriebsstätte keine unionsrechtliche Verpflichtung zur grenzüberschreitenden Berücksichtigung von finalen Verlusten?

■ **AEUV Art 49:**

Niederlassungsfreiheit, Betriebsstätte, Verlust

Bundesfinanzhof Az: I R 49/17

Berücksichtigung von finalen ausländischen Betriebsstättenverlusten aus der Beteiligung an einer niederländischen Personengesellschaft

1. Sind neben den Betriebsstättengewinnen nach Art. 5 DBA-Niederlande auch die Betriebsstättenverluste aus der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer auszunehmen?
2. Befinden sich ausländische Betriebsstätten im Bezug auf Maßnahmen, die der Ansässigkeitsstaat der (Mutter-)Gesellschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung derer Gewinne ergreift, grundsätzlich nicht in einer mit der Situation einer inländischen Betriebsstätte vergleichbaren Situation?
3. Besteht im Fall einer Freistellungsbetriebsstätte keine unionsrechtliche Verpflichtung zur grenzüberschreitenden Berücksichtigung von finalen Verlusten?

■ **AO § 141:**

Buchführungspflicht, Abgrenzung, Freiberufliche Tätigkeit

Bundesfinanzhof Az: III R 21/17

Ist ein externer Datenschutzbeauftragter gemäß § 141 AO verpflichtet Bücher zu führen?

- **AO § 150 Abs 8 S 1:**
Elektronische Übermittlung, Anlage, Einnahmeüberschussrechnung, Steuererklärung

Bundesfinanzhof Az: III R 26/17

1. Ist bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit im Sinne des § 150 Abs. 8 Satz 1 AO das Gesamteinkommen und das Gesamtvermögen ausschlaggebend, oder kommt es allein auf die Höhe der Gewinneinkünfte an?
2. Sind Kleinbetriebe von der Pflicht, ihre Steuererklärungen nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung zu übermitteln, wegen wirtschaftlicher Unzumutbarkeit im Sinne des § 150 Abs. 8 Satz 1 AO generell befreit?
3. Ist § 25 Abs. 4 Satz 1 EStG einschränkend dahingehend auszulegen, dass die Verpflichtung zur Abgabe der Einkommensteuererklärung nur bei Betriebseinnahmen von mehr als 17.500 € besteht, da die Verwaltung bei niedrigeren Betriebseinnahmen auf die elektronische Übermittlung der Anlage EÜR verzichtet?

- **AO § 218 Abs 2:**
Abrechnungsbescheid, Aufrechnung, Organschaft, Insolvenz

Bundesfinanzhof Az: VII R 31/17

Aufrechnung des Umsatzsteuerguthabens einer GmbH mit ihrer Haftungsschuld als Organgesellschaft für Umsatzsteuer des Organträgers (sowohl über das Vermögen der Organgesellschaft als auch das des Organträgers wurde das Insolvenzverfahren eröffnet). Ist das FA gegenüber der GmbH erst mit der formellen Aufhebung der Umsatzsteuerfestsetzungen -hier in Gestalt des späteren Abrechnungsbescheids und damit nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens- etwas schuldig geworden, weil die ungerechtfertigten Voranmeldungszahlungen der GmbH erst mit einer entsprechenden Steuerfestsetzung steuerrechtlich entstanden sind?

- **AO § 233a:**
Vollverzinsung, Nachzahlungszinsen, Zinsfestsetzung, Festsetzungsfrist, Hemmung der Verjährung, Ablaufhemmung, Grundlagenbescheid

Bundesfinanzhof Az: X R 30/17

Gilt die Grundkonzeption der Abgabenordnung, wonach ergangenen Grundlagenbescheiden eine von Gesetzes wegen mit zwei Jahren bemessene und mit Erlass des Grundlagenbescheides beginnende Frist für deren Auswertung zugestanden wird (§ 171 Abs. 10 AO), auch für Zinszwecke i.S. des § 233a AO und somit auch für das Verhältnis von Steuer- und Zinsfestsetzung (§ 239 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1, Satz 3 AO)?

- **AO § 237:**
Aussetzungszinsen, Erlass, Zinssatz, Gleichheitsgrundsatz, Übermaßverbot
Bundesfinanzhof Az: X R 15/17
 Ist der gesetzliche Zinssatz für Aussetzungszinsen von 6 % p.a. verfassungswidrig im Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz und das Übermaßverbot?

- **AO § 251:**
Feststellungsbescheid, Hinterziehungszinsen
Bundesfinanzhof Az: VII R 25/17
 Sind Hinterziehungszinsen wie die steuerliche Hauptschuld von der Restschuldbefreiung gemäß § 302 Nr. 1 InsO ausgenommen bzw. in die Feststellung zum Rechtsgrund einer Steuerhinterziehung mit einbezogen?

- **AO § 278 Abs 2:**
Aufteilung, Ergänzungsbescheid, Unentgeltliche Zuwendung
Bundesfinanzhof Az: VII R 18/17
 Sind die nach Übertragung des Miteigentumsanteils an einem Grundstück durch den Steuerschuldner auf seine Ehefrau (nunmehr Alleineigentümerin) vom Ehemann weiterhin übernommenen Hausfinanzierungskosten unentgeltliche Zuwendungen i.S. des § 278 Abs. 2 AO oder Gegenleistung für Haushaltsführung und Kinderbetreuung durch die Ehefrau?

- **AO § 357 Abs 2 S 4:**
Einspruch, Weiterleitung, Behörde, Auslegung, Elektronische Übermittlung, Rechtsbehelfsbelehrung, Freigrenze
Bundesfinanzhof Az: VI R 41/17
 Auslegung des § 357 Abs. 2 Satz 4 AO: Wird ein Einspruch vom unzuständigen an das zuständige Finanzamt nicht erst im Zeitpunkt des Eintritts des Übermittlungserfolges (Eingang beim zuständigen Finanzamt), sondern bereits im Zeitpunkt der Vornahme der Übermittlungshandlung (Absenden durch das unzuständige Finanzamt) übermittelt? - Ist die Möglichkeit der elektronischen Einspruchseinlegung nach ihrer Aufnahme in das Gesetz (§ 357 Abs. 1 Satz 1 AO) ein notwendiger Bestandteil der Rechtsbehelfsbelehrung und liegt bei fehlendem Hinweis darauf eine unrichtige Rechtsbehelfsbelehrung i.S. des § 356 Abs. 2 AO vor? - Berücksichtigungsfähiger Personenkreis bei der Anwendung der 110 €-Freigrenze.

■ **AStG § 1 Abs 1:**

Teilwertabschreibung, Darlehen, Konzern, Doppelbesteuerung, Sperrwirkung, Fremdvergleich, Sicherung

Bundesfinanzhof Az: I R 54/17

Sperrwirkung von Art. IV DBA-Großbritannien 1964 gegenüber Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG bei Teilwertabschreibung eines unbesichert begebenen Darlehens im Konzern - Abkommensrechtlicher Grundsatz des "dealing at arm's length"

1. Ermöglicht der abkommensrechtliche Grundsatz des "dealing at arm's length" nach Art. 9 Abs. 1 OECDMustAbk (hier: nach Art. IV DBA Großbritannien 1964) eine Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG nur dann, wenn der zwischen den verbundenen Unternehmen vereinbarte Preis (hier: ein Darlehenszins) seiner Höhe, also seiner Angemessenheit nach, dem Fremdvergleichsmaßstab nicht standhält?
2. Ermöglicht der abkommensrechtliche Grundsatz des "dealing at arm's length" indes nicht die Korrektur einer Abschreibung, die nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 EStG auf den Teilwert einer Forderung auf Rückzahlung der Darlehensvaluta und auf Zinsrückstände vorzunehmen ist, weil die inländische Muttergesellschaft das Darlehen ihrer ausländischen (hier: britischen) Tochtergesellschaft in (ggf.) fremdunüblicher Weise unbesichert gewährt hat? Schlägt sich die fehlende Besicherung insoweit nur im entsprechend bepreisten Zins nieder?

■ **AStG § 1 Abs 1:**

Teilwertabschreibung, Darlehen, Konzern, Doppelbesteuerung, Sperrwirkung, Fremdvergleich

Bundesfinanzhof Az: I R 51/17

Abschreibung einer Forderung gegen eine ausländische Konzerngesellschaft im Fall eines sog. Rückhalts im Konzern; Sperrwirkung des "dealing at arm's length"-Grundsatzes

1. Steht der Abschreibung einer Forderung gegen eine ausländische Konzerngesellschaft nicht entgegen, dass die ausländische Gesellschaft aufgrund des sog. Rückhalts im Konzern die Forderungen konzernfremder Gläubiger in der Vergangenheit befriedigt hat?
2. Ermöglicht der Grundsatz des "dealing at arm's length" eine Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG nur dann, wenn der zwischen den verbundenen Unternehmen vereinbarte Preis seiner Angemessenheit, das bedeutet seiner Höhe nach, einem Fremdvergleichsmaßstab nicht standhält?
3. Kann die Höhe des angemessenen Zinssatzes nach Maßgabe des geltenden Spitzenrefinanzierungszinssatzes geschätzt werden (hier: zweifacher Spitzenrefinanzierungszinssatz)?

■ **ErbStG § 13a:**

Schenkungsteuer, Steuerfreiheit, Betriebsvermögen, Aufschiebende Bedingung

Bundesfinanzhof Az: II R 38/17

Übertragung von Mitunternehmeranteil und Sonderbetriebsvermögen (Schenkungsteuer 2013) - Steuerbegünstigung nach § 13a Abs. 1 und 2, § 13b Abs. 1 Nr. 2 ErbStG: Ist die

Begünstigung nach §§ 13a, 13b ErbStG auf den Wert des übertragenen Grundbesitzes im Zusammenhang mit der Übertragung eines Kommanditanteils auch zu gewähren, wenn die Anteilsübertragung unter die aufschiebende Bedingung der Handelsregistereintragung gestellt wurde? Ist ein zeitliches Auseinanderfallen der Übertragungszeitpunkte schädlich für die Steuerbegünstigung?

■ ***EStG § 10 Abs 4b S 3:***

Kirchensteuer, Erstattung, Verlustabzug, Sonderausgabe

Bundesfinanzhof Az: IX R 34/17

Ist die in § 10 Abs. 4b Satz 3 EStG angeordnete Hinzurechnung eines Kirchensteuererstattungsüberhangs auch dann vorzunehmen, wenn sich die frühere Kirchensteuerzahlung (aus der die streitgegenständliche Erstattung resultiert) nicht einkommensteuermindernd ausgewirkt hat?

Ist das in § 10d Abs. 2 EStG verwendete Tatbestandsmerkmal "Gesamtbetrag der Einkünfte" dahingehend auszulegen, dass auch der auf § 10 Abs. 4b Satz 3 EStG beruhende Hinzurechnungsbetrag zum Gesamtbetrag der Einkünfte den Verlustabzug erhöht?

■ ***EStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:***

Gewerblicher Grundstückshandel, Entnahme, Anschaffung, Veräußerungsgeschäft

Bundesfinanzhof Az: X R 26/17

Gilt die Entnahme eines Grundstücks aus dem land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen in das Privatvermögen als Anschaffung bzw. als anschaffungsähnlicher Vorgang (analog § 23 Abs. 1 Satz 2 EStG) i.S. der Grundsätze des gewerblichen Grundstückshandels?

■ ***EStG § 17 Abs 2:***

Veräußerungserlös, Wesentliche Beteiligung, Besserungsschein, Darlehen, Darlehensforderung, Erwerb

Bundesfinanzhof Az: IX R 31/17

Umfang des Veräußerungserlöses bei § 17 EStG - Hier zur Frage der Zuordnung zum Veräußerungserlös nach § 17 EStG, wenn der bisherige Gesellschafter (Veräußerer) bei seinem damaligen Erwerb sämtlicher Anteile zugleich auch die Rechte eines Besserungsscheins (Wiederaufhebung von Darlehensforderungen durch Eintritt des Besserungsfalls) erwarb, die er nunmehr bei seiner Veräußerung sämtlicher Anteile letztlich im Rahmen der vertraglichen Regelungen im Veräußerungsvertrag in seiner maximalen Höhe vergütet bekommt, dies beruhend auf einer Zuführung des Käufers an die Gesellschaft, die wiederum den Betrag an den bisherigen Gesellschafter weiterleitete.

■ **ESTG § 18 Abs 3 S 2:**

Betriebsaufgabe, Arbeitszimmer, Buchwert, Absetzung für Abnutzung, Abzugsbeschränkung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 15/17

Ist bei Ermittlung des Gewinns aus der Aufgabe einer freiberuflichen Tätigkeit der Buchwert eines im Betriebsvermögen befindlichen häuslichen Arbeitszimmers um die bis zur Betriebsaufgabe angefallenen AfA-Beträge zu erhöhen, soweit diese wegen der Abzugsbeschränkungen des § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b EStG zu keiner Minderung des laufenden Gewinns geführt hatten?

■ **ESTG § 21:**

Änderung, Vermietung und Verpachtung, Vordruck, Erklärung

Bundesfinanzhof Az: IX R 29/17

Änderungsmöglichkeit des Finanzamts bei einer durch einen Steuerberater unzureichend ausgefüllten Anlage V zu den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung - Hier zur Frage der Änderungsmöglichkeit des Finanzamts, wenn auf der Anlage V zwar die richtige Höhe der Einkünfte aus der Vermietung von Alleineigentum angegeben wird, dies aber fälschlicherweise in der Zeile "Anteile an Einkünften aus Grundstücksgemeinschaften" und dabei die weiteren umfangreichen Kennziffern auf den Vorder- und Rückseite des Vordrucks unausgefüllt bleiben, das Finanzamt den Ansatz des Stpfl. streicht und nur die ihm vorliegende Mitteilung über die geringen Einkünfte aus einer daneben bestehenden Grundstücksgemeinschaft in die Veranlagung übernimmt.

Welche Bedeutung kommt der Verletzung der Mitwirkungspflicht des Stpfl. bei der Ausfüllung der Anlage V zu, wenn mit der Einkommensteuererklärung eine mehrseitige Berechnung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung aus der Quelle "Alleineigentum" eingereicht wurde, diese aber als "Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG" bezeichnet wird?

■ **ESTG § 22 Nr 4 S 2:**

Abgeordneter, Werbungskosten, Sonstige Einkünfte

Bundesfinanzhof Az: IX R 32/17

Zur Frage der Abzugsmöglichkeit von Aufwendungen im Zusammenhang mit der zur Wahlstellung als Kandidat für ein Mandat im Europäischen Parlament und zur Erlangung des Nachrückerstatus als Werbungskosten bei den sonstigen Einkünften.

- **ESTG § 22a Abs 5:**
Verspätungsgeld, Meldung, Elektronische Übermittlung, Fristversäumnis, Rentenversicherung, Verfassungswidrigkeit, Verhältnismäßigkeit
Bundesfinanzhof Az: X R 28/17
Liegt im Zusammenwirken von § 22a Abs. 5 EStG (Verspätungsgeld) mit § 50f EStG ein Verstoß gegen das Verbot der doppelten Sanktionierung?
Verstößt das Verspätungsgeld des § 22a Abs. 5 EStG der Höhe nach zumindest in den Fällen gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, in denen die vermeintlich verspätete Meldung nicht zu einem höheren Verwaltungsaufwand führen kann, weil der Veranlagungszeitraum noch nicht abgeschlossen ist?

- **ESTG § 23 Abs 1 S 1 Nr 2:**
Gold, Inhaberschuldverschreibung, Veräußerungsgeschäft, Veräußerung
Bundesfinanzhof Az: IX R 33/17
Begründet der Erwerb von Xetra-Gold Inhaberschuldverschreibungen mit nachfolgender Ausübung des Anspruchs gegenüber der Emittentin auf Lieferung physischen Goldes ein privates Veräußerungsgeschäft, wenn Erwerb und Ausübung des Rechts innerhalb des einjährigen Zeitraums des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 1 erfolgen?

- **ESTG § 3 Nr 33:**
Arbeitslohn, Pauschalierung, Lohnsteuer, Zusatzleistung, Änderung, Arbeitsvertrag, Gehaltsverzicht
Bundesfinanzhof Az: VI R 40/17
Auf welchen Zeitpunkt bezieht sich das Tatbestandsmerkmal "zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn" bei einer Änderung des Arbeitsvertrages (Gehaltsverzicht mit zeitgleich vereinbarten freiwilligen Zusatzleistungen; hier: zur Internetnutzung, zu Fahrt- und Kinderbetreuungskosten)?

- **ESTG § 32b Abs 1 S 1 Nr 3:**
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Entsendung, Reisekosten, Progressionsvorbehalt
Bundesfinanzhof Az: VI R 55/16
Sind durch die Mitnahme der Familie entstandene Mehraufwendungen für Miete als Reisekosten des Klägers bei den steuerfreien Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit anzuerkennen, die auf einer Entsendung des Klägers durch seinen Arbeitgeber in die Slowakische Republik beruhen und im Rahmen des Progressionsvorbehalts gemäß § 32b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 EStG zu berücksichtigen sind?
Wie ist der durch die Mitnahme der Familie bedingte privat veranlasste Mehraufwand zu ermitteln (Aufteilung nach Flächen, Köpfen, Pauschbeträgen für Auslandsübernachtungen oder dem Mietbudget der Entsenderichtlinien für Auslandseinsätze)?

- **ESTG § 33a Abs 1 S 7:**
Unterhalt, Krankenversicherung, Haushalt, Lebensgefährte, Aufteilung, Unterhaltspflicht

Bundesfinanzhof Az: VI R 43/17

Wie sind die im Rahmen des § 33a Abs. 1 Sätze 1 und 7 EStG abzugsfähigen Unterhaltszahlungen von Eltern an ihre mit ihrem Lebensgefährten in einer Haushaltsgemeinschaft lebenden studierenden Tochter zu ermitteln?

- **ESTG § 34a Abs 2:**
Personengesellschaft, Thesaurierungsbegünstigung, Umwandlung, Stille Reserven, Feststellung, Nicht entnommener Gewinn, Bilanzgewinn

Bundesfinanzhof Az: IV R 13/17

Thesaurierungsbegünstigung: Sind im Rahmen der Feststellung des nicht entnommenen Gewinns auch außerbilanziell hinzugerechnete Gewinnanteile --hier Erträge aus der Aufdeckung stiller Reserven infolge der Verschmelzung einer Tochterkapitalgesellschaft auf die Mutterpersonengesellschaft-- zu berücksichtigen und den Kommanditisten der Muttergesellschaft zuzurechnen?

- **ESTG § 4 Abs 5 S 1 Nr 6b:**
Arbeitszimmer, Betriebsstätte, Zugang

Bundesfinanzhof Az: VIII R 11/17

Stellt ein im Keller des privaten Wohnhauses einer Ärztin eingerichteter Notbehandlungsraum einen betriebsstättenähnlichen Raum (Notfallpraxis) dar, wenn er nur über den Eingangsbereich des Hauses und einen Teil des Flures im Erdgeschoss zu erreichen ist, oder handelt es sich in diesem Fall um ein häusliches Arbeitszimmer?

- **ESTG § 4 Abs 5 S 1 Nr 6b:**
Arbeitszimmer, Notwendigkeit

Bundesfinanzhof Az: VI R 46/17

Setzt der Abzug der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b EStG voraus, dass das Arbeitszimmer für die Tätigkeit (hier: Flugbegleiterin) erforderlich ist?

- **ESTG § 43 Abs 5 S 1:**
Kapitalertragsteuer, Abgeltung, Schneeballsystem
Bundesfinanzhof Az: VIII R 17/17
Gilt bei einem betrügerischen Schneeballsystem die Abgeltungswirkung des § 43 Abs. 5 Satz 1 EStG auch dann, wenn die Kapitalertragsteuer nicht an das Finanzamt angemeldet und abgeführt wurde, sondern lediglich dem Anleger gegenüber in einer Abrechnung bescheinigt wurde?

- **ESTG § 48 Abs 1:**
Bauabzugsteuer, Nacherhebung, Photovoltaik
Bundesfinanzhof Az: I R 46/17
Bauabzugsteuer bei Freiland-Photovoltaikanlagen und inländische Steuerpflicht des Leistenden als Voraussetzungen für die Nacherhebung
Kann es sich bei einer Freiland-Photovoltaikanlage um ein Bauwerk i.S. von § 48 Abs. 1 EStG handeln?
Setzt die Nacherhebung von Bauabzugsteuer ungeachtet der Anwendbarkeit etwaiger DBA nicht die positive Feststellung der inländischen Steuerpflicht des Leistenden voraus?

- **ESTG § 48 Abs 1:**
Bauabzugsteuer, Nacherhebung, Photovoltaik
Bundesfinanzhof Az: I R 47/17
Bauabzugsteuer bei Freiland-Photovoltaikanlagen und inländische Steuerpflicht des Leistenden als Voraussetzungen für die Nacherhebung
Kann es sich bei einer Freiland-Photovoltaikanlage um ein Bauwerk i.S. von § 48 Abs. 1 EStG handeln?
Setzt die Nacherhebung von Bauabzugsteuer ungeachtet der Anwendbarkeit etwaiger DBA nicht die positive Feststellung der inländischen Steuerpflicht des Leistenden voraus?

- **ESTG § 63:**
Kindergeld, Zählkind
Bundesfinanzhof Az: III R 24/17
Ist das dritte Kind der leiblichen Mutter beim Vater bei Antragstellung durch ihn als drittes (Zähl-)Kind zu berücksichtigen, obwohl er nicht mit den beiden ersten Kindern der Mutter verwandt ist, er sie jedoch mit der Mutter in den Haushalt aufgenommen hat?

■ **ESTG § 6a Abs 3 Satz 3:**

Pensionsrückstellung, Pensionsverpflichtung, Berechnung, Teilwert, Abzinsung, Typisierung, Rechnungszinsfuß, Verfassung

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvL 22/17

Ist § 6a Abs. 3 Satz 3 EStG in der im Streitjahr 2015 geltenden Fassung insoweit mit Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar, als zur Ermittlung der Pensionsrückstellung ein Rechnungszinsfuß von 6 % anzusetzen ist?

-- Normenkontrollverfahren --

■ **FGO § 107:**

Tatbestandsberichtigung, Rechenfehler, Offenbare Unrichtigkeit, Vorsteuerabzug, Zeitpunkt, Rückwirkung, Rechnung, Rechnungsberichtigung

Bundesfinanzhof Az: V R 38/17

1. Berechtigt die aus einer Schlussrechnung (Gebäudebezug 2007, Abnahme nach Beseitigung von Baumängeln erst 2012) vom Februar 2012 in dem Abschlussbetrag rechnerisch enthaltene USt gekürzt um die bereits berücksichtigten Vorsteuerbeträge aus den Abschlagszahlungen zum Vorsteuerabzug im USt-Bescheid 2007?

2. Wurde der Antrag auf Berichtigung des FG-Urteils zu Recht abgelehnt?

3. Ist dem Finanzgericht, das dem Klageantrag dem Grunde nach gefolgt ist, der Höhe nach ein Rechenfehler unterlaufen?

■ **GewStG § 9 Nr 1 S 2:**

Gewerbeertrag, Erweiterte Kürzung, Grundstücksunternehmen, Betriebsvorrichtung

Bundesfinanzhof Az: I R 53/17

Ist die erweiterte Kürzung des Gewerbeertrags nach § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG ausgeschlossen, wenn neben dem Grundbesitz eine Tankstelle mit den dazugehörigen Betriebsvorrichtungen mitvermietet wurde?

■ **InsO § 55 Abs 1 Nr 1:**

Insolvenz, Vorläufiger Insolvenzverwalter, Vorsteuererstattung, Masseverbindlichkeit

Bundesfinanzhof Az: XI R 32/17

Qualifizierung von während vorläufiger Insolvenzverwaltung begründeten Vorsteuererstattungsansprüchen: Sind nach § 55 Abs. 4 InsO sowohl Verbindlichkeiten als auch Forderungen den Masseverbindlichkeiten zuzuweisen?

- **InsO § 55 Abs 1 Nr 1:**
Insolvenz, Vorläufiger Insolvenzverwalter, Vorsteuererstattung, Masseverbindlichkeit

Bundesfinanzhof Az: XI R 33/17

Qualifizierung von während vorläufiger Insolvenzverwaltung begründeten Vorsteuererstattungsansprüchen: Sind nach § 55 Abs. 4 InsO sowohl Verbindlichkeiten als auch Forderungen den Masseverbindlichkeiten zuzuweisen?

- **InsO § 55 Abs 1 Nr 1:**
Insolvenz, Vorläufiger Insolvenzverwalter, Vorsteuererstattung, Masseverbindlichkeit

Bundesfinanzhof Az: XI R 34/17

Qualifizierung von während vorläufiger Insolvenzverwaltung begründeten Vorsteuererstattungsansprüchen: Sind nach § 55 Abs. 4 InsO sowohl Verbindlichkeiten als auch Forderungen den Masseverbindlichkeiten zuzuweisen?

- **InvZulG § 4 Abs 2:**
Investitionszulage, Herstellungsbeginn

Bundesfinanzhof Az: III R 22/17

Herstellungsbeginn i.S.d. § 4 Abs. 2 InvZulG 2010: Ist der Herstellungsbeginn frühestens mit Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages erfolgt oder bereits bei Verträgen über Planungsleistungen?

- **KN Pos 6815 UPos 1010:**
Einreihung

Bundesfinanzhof Az: VII R 19/17

Nacherhebung von Zoll wegen Änderung der Einreihung (Frisch- bzw. Brauchwassertank für ein spezielles Starrflügelflugzeug, bestehend aus Kohlenstofffasern, Metall und Gummi, mit zölligen Fittings als Anschlüsse).

Sind zur Auslegung des Begriffs "Erkennbarkeit der Waren" i.S. der Anm. 3 zum Abschn. XVII KN -und damit zur Ausfüllung des maßgeblichen Prüfungsmaßstabs der durchschnittlichen Sachkunde- auch die an der Ware angebrachten Hinweistiketten und die Herstellerspezifikation bzw. der Hinweis auf die "herstellende Abteilung" zu berücksichtigen?

Gilt das Tatbestandsmerkmal "Teil" in der KN auch für Zubehör?

■ **KStG § 5 Abs 1 Nr 9:**

Körperschaft, Gemeinnützige Zwecke

Bundesfinanzhof Az: V R 60/17

1. Muss die Satzung einer nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG gemeinnützigen Körperschaft aufgrund von § 60 Abs. 1 S. 2 AO i.V.m. Anlage 1 zu § 60 AO die gemeinnützigen Zwecke wörtlich so wiedergeben, wie sie im Katalog des § 52 Abs. 2 S. 1 AO bezeichnet sind?

2. Erlaubt die politische Bildung als Unterfall der Volksbildung nicht nur die Darstellung des Status quo eines gesellschaftlichen Themas, sondern ist es darüber hinaus zulässig, in einem breiten Themenspektrum auch Alternativen aufzuzeigen?

■ **KStG § 8 Abs 9 S 1 Nr 1:**

Verlustverrechnung, Schwimmbad, Dauerdefizitärer Betrieb

Bundesfinanzhof Az: I R 50/17

Verlustnutzung im steuerlichen Querverbund

Können die Verluste, die durch das Schulschwimmen in einem von einer städtischen Eigengesellschaft betriebenen Schwimmbad verursacht werden, mit den Gewinnen der städtischen Eigengesellschaft aus dem Versorgungsbetrieb verrechnet werden?

■ **StromStG § 9b:**

Stromsteuer, Entlastung

Bundesfinanzhof Az: VII R 15/17

Wird der zum Betrieb einer Anlage zur Erzeugung von Raum- und Frischluft entnommene Strom vom Betreiber der Anlage oder vom Besitzer der Räumlichkeiten, die durch die Anlage belüftet werden, i. S. des § 9b Abs. 1 Satz 2 StromStG genutzt?

(s.a. VII R 39/13)

■ **UStG § 1 Abs 1 Nr 1 S 1:**

Leistungsaustausch, Zuschuss

Bundesfinanzhof Az: XI R 31/17

Leistungsaustausch bei Zuschuss einer Stadt an einen Verein für Fremdenverkehrsleistungen: Ist eine Stadt, die ihr obliegende Aufgaben (z.B. Fremdenverkehrsleistungen) auf einen Verein überträgt und diesem dafür von den "Einzelleistungen" unabhängige, als Zuschuss ausgestaltete Zahlungen erbringt, Leistungsempfängerin der von dem Verein erbrachten Leistungen, auch wenn Nutznießer dieser Leistungen Dritte sind (z.B. der Bürger bzw. das Vereinsmitglied)? Dienen die im Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadt und dem Verein geregelten Zahlungen ("Sachkostenzuschuss") allgemein der Förderung der Tätigkeit des Vereins oder handelt es sich um einen Gegenwert für eine konkrete Leistung?

■ **UStG § 1 Abs 1 Nr 1 S 1:**

Steuerbarkeit, Leistungsaustausch, Schadensersatz, Beendigung, Mietverhältnis
Bundesfinanzhof Az: XI R 20/17

Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung der Abfindungszahlung eines Mieters im Zusammenhang mit der vorzeitigen Beendigung eines Mietverhältnisses: Handelt es sich bei der Zahlung eines Mieters an den Vermieter im Zusammenhang mit der vorzeitigen Beendigung eines gewerblichen Mietverhältnisses um Entgelt im Rahmen eines Leistungsaustauschs oder um nicht steuerbaren Schadensersatz?

Ist ein Leistungsaustausch dadurch gegeben, dass der Vermieter der Auflösung des Mietvertrages gegen Zahlung einer Abfindung zustimmt und damit auf die weitere Durchführung des Mietvertrages verzichtet?

■ **UStG § 10:**

Entgelt, Schadensersatz, Durchschnittssatz, Vorsteuerabzug
Bundesfinanzhof Az: V R 47/17

1. Stellt die Zahlung im Zusammenhang mit der Schließung eines Bahnübergangs Schadensersatz oder umsatzsteuerrechtliches Entgelt dar?

2. Ist im Falle der Annahme eines steuerbaren Umsatzes dieser im Streitjahr zu erfassen und fällt er unter die Durchschnittssatzbesteuerung des § 24 UStG und kann hilfsweise, die berechnete Vorsteuer pauschaliert berücksichtigt werden?

■ **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:**

Vorsteuerabzug, Unentgeltliche Wertabgabe, Gemeinde
Bundesfinanzhof Az: XI R 28/17

Umsatzsteuerrechtliche Behandlung einer Ausbaumaßnahme an einer öffentlichen Gemeinestraße: Tätigt ein Unternehmer, der aufgrund eines Vertrages mit dem Träger der Straßenbaulast wegen eines besonderen durch seinen Betrieb begründeten Verkehrsbedürfnisses eine bestehende öffentliche Straße über den einem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden Zustand hinaus für seine betrieblichen Anforderungen aufwendiger ausbaut, eine unentgeltliche Zuwendung i.S. des § 3 Abs. 1b Satz 1 Nr. 3 UStG an den Träger der Straßenbaulast und ist deshalb nicht zum Vorsteuerabzug aus den betrieblich veranlassten Aufwendungen für den Straßenbau berechtigt?

- **UStG § 15 Abs 1:**
Berichtigung, Vorsteuerabzug, Gutschrift, Elektronische Signatur, Elektronische Übermittlung
Bundesfinanzhof Az: V R 48/17
Kann die Klägerin eine Gutschrift, die im Jahr 2005 ohne elektronische Signatur übermittelt worden ist, durch die Übersendung einer Gutschrift in Papierform im Jahr 2011 berichtigen, mit der Folge des Vorsteuerabzugs im Jahr 2005?

- **UStG § 15 Abs 4 S 2:**
Kreditinstitut, Vorsteuerabzug, Vorsteueraufteilung, Schätzung
Bundesfinanzhof Az: XI R 18/17
Sachgerechte Vorsteueraufteilung hinsichtlich gemischter Eingangsleistungen eines Kreditinstituts:Stellt die sog. Philipowski-Methode eine sachgerechte Aufteilungs- methode zur Ermittlung der abziehbaren und nicht abziehbaren Teilbeträge der Vorsteuern eines Kreditinstituts dar?
Gilt als "sachgerecht" i.S. des § 15 Abs. 4 Satz 2 UStG nur ein solches Aufteilungsver- fahren, das objektiv nachprüfbar nach einheitlicher Methode die beiden "Nutzungsteile" eines gemischt verwendeten Gegenstandes oder einer sonstigen Leistung den damit aus- geführten steuerfreien und steuerpflichtigen Umsätzen zurechnet?
Fehlt es an der objektiven Nachprüfbarkeit der Aufteilungsmethode, wenn ein Umsatz- schlüssel in Kombination mit einem Personalschlüssel zur Anwendung kommt?

- **UStG § 2 Abs 2 Nr 2:**
Organschaft, Insolvenz, Eingliederung, Masseverbindlichkeit
Bundesfinanzhof Az: XI R 35/17
Insolvenz und umsatzsteuerrechtliche Organschaft:1. Endet eine umsatzsteuerrechtliche Organschaft durch Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung mit Bestellung eines vorläufigen Sachwalters, wenn das Gericht neben der vorläufigen Eigenverwaltung zu- gleich einen Vollstreckungsschutz gemäß § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 InsO angeordnet hat? Entfällt die erforderliche Eingliederung mit Durchgriffsmöglichkeit aufgrund der ein- schränkenden Regelungen des § 276a Satz 1 InsO?
2. Können im Eröffnungsverfahren nach § 270a InsO Masseverbindlichkeiten begründet werden?

- **UStG § 4 Nr 14 Buchst a:**
Umsatzsteuerbefreiung, Laborarzt, Heilbehandlung
Bundesfinanzhof Az: XI R 30/17
Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Laborleistungen:Sind Laborleistungen, die in einer Gemeinschaftspraxis selbständig tätiger Ärzte ohne Vertragsarztzulassung für nicht in der Laborgemeinschaft tätige Ärzte und Kliniken (sog. Fremdhistologien)

erbracht werden, als Heilbehandlungsleistungen nach § 4 Nr. 14 Buchst. a UStG umsatzsteuerfrei?

Erfordert eine Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 14 Buchst. a UStG, dass ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient vorliegt?